

Zustimmung unter besonderen Bedingungen

Gerne hätte ich meine diesjährige Haushaltsrede anders eingeleitet.

Aber wir können das Problem, wie mit einem Stadtverordnetenbeschluss seitens der Bürgermeisterin umgegangen wurde, nicht einfach unter den Tisch kehren und zur Tagesordnung übergehen, als sei nichts geschehen. Ich will ihnen noch einmal in Erinnerung rufen. Die SPD-Fraktion hatte den Antrag nach einem „Bürgerhaushalt 2012“ eingebracht. Der Antrag sah vor, dass vom Magistrat zuvor ein Konzept zur Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger erarbeitet werden sollte. Die Informationen zum Haushalt sollten durch eine Pressearbeit begleitet werden. Im Haupt- und Finanzausschuss wurde der Antrag kontrovers diskutiert, insbesondere die CDU formulierte Bedenken und die fanden dann auch in dem Änderungsantrag von CDU/GRÜNE ihren Ausdruck.

Der Änderungsantrag sah vor, schon bei den Beratungen für den Haushalt 2011 „zusätzliche Möglichkeiten zur Beteiligung interessierter Schwalbacher Bürgerinnen und Bürger zu schaffen“. Er sollte im Internet veröffentlicht werden und die Bürger sollten die Möglichkeit erhalten, ihre Anregungen schriftlich oder per Mail einzubringen.“ Soweit der Antrag CDU/GRÜNE.

Da abzusehen war, dass CDU/GRÜNE mit ihrer Mehrheit ihren Antrag durchsetzen würden, hat die UL mit einem Initiativantrag versucht, den Wortlaut des CDU/GRÜNE-Antrages zu präzisieren und um zwei wesentliche Punkte zu ergänzen, um wichtige Aspekte des SPD-Antrages zu retten. Dazu gehörte,

1. der Haushaltsplanentwurf sollte durch eine „begleitende Pressearbeit“ erläutert werden;
2. nach Abschluss der Haushaltsberatungen soll im HFA eine Auswertungsdiskussion geführt werden, um ggfs. Verfahrensverbesserungen für die künftige Beteiligung vorzunehmen.

Erstaunlicherweise haben sich CDU/GRÜNE darauf eingelassen und wir haben gemeinsam mit der FDP den geänderten Antrag verabschiedet. Nun hätte auch die SPD diesem ersten Schritt zustimmen können, da die Beteiligung ja auch schon in der jetzigen Haushaltsdiskussion ermöglicht wurde. Aber die SPD war nicht kompromissbereit. Unter der Devise „Alles oder nichts“ verschanzte sie sich in der Schmollecke.

Den Stadtverordnetenbeschluss umzusetzen war nun Aufgabe der Bürgermeisterin.

Wer aber nun geglaubt hat, die Bürgermeisterin würde mit Engagement die Umsetzung verfolgen, sah sich getäuscht und ich rätele immer noch über die Gründe, warum der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vernachlässigt und missachtet wurde.

Die Beantwortung unserer Anfrage macht die Angelegenheit nicht besser, im Gegenteil. Auf die Frage, warum erst vier Wochen nach Haushaltseinbringung die Schwalbacher Öffentlichkeit über die Möglichkeiten der Beteiligung informiert wurde, erhielt wir zur Antwort: „Diese Zeitspanne wurde verursacht durch Krankheit und Urlaub.“

Bei allem Respekt Frau Augsburg, dies ist nun doch eine zu dürftige Erklärung. Wir kennen Sie ja auch anders, wenn Sie von etwas überzeugt sind, dann setzen sie dies auch konsequent und zügig um. Es kann doch nicht sein, dass ein Parlamentsbeschluss, der nur in einem engen Zeitfenster umgesetzt werden kann, auf Eis gelegt wird, nur weil eine Mitarbeiterin krank oder in Urlaub ist. Welch ein beschämendes Bild gibt das Rathaus, welches ein beschämendes Bild gibt die Bürgermeisterin in der Öffentlichkeit ab. Dabei ist im Rathaus, dies erleben wir ja in anderen Situationen, soviel Sachverstand und Engagement vorhanden, dass die „begleitende Pressearbeit“ jederzeit hätte umgesetzt werden können.

Und auf die weitere Frage „warum auf eine erläuternde Pressearbeit verzichtet wurde“, antwortet die Bürgermeisterin, „sie hätte darauf nicht verzichtet, sonder zwei Pressemitteilungen zur Erläuterung verfasst.“ Ich muss mich, angesichts dieser Antwort, hüten nicht in Sarkasmus zu verfallen. Noch heute kann ich nur mit dem Kopf schütteln, ich verstehe es nicht und glauben sie es mir, es fällt mir schwer, dies hier zu formulieren, aber es ist so wie es ist: ich sehe auch in dieser Antwort eine Missachtung des Parlamentsbeschlusses.

Ich will Ihnen auch sagen warum:

Die erste Pressemitteilung zur Einbringung des Haushalts am 23.09.2010 war die Standard-Pressemitteilung, wie sie jedes Jahr geschrieben wird. Dies nun uns und den Schwalbacher Bürgerinnen und Bürgern als Umsetzung des Parlamentsbeschlusses zu verkaufen, erfordert viel Chuzpe.

Die zweite Pressemitteilung erfolgte am 20.10.2010 – also einen Monat später – und enthielt den Hinweis auf die Beteiligungsmöglichkeit und die Einsichtnahme im Netz und im Bürgerbüro. Danach war wieder Funkstille.

Frau Bürgermeisterin, schauen Sie sich doch einmal objektiv ihre Umsetzung an. Was sie umgesetzt haben, war der Antrag, wie ihn CDU/GRÜNE formuliert hatten. Dort ist genau das formuliert, was sie dann geleistet haben.

Eine „erläuternde Pressearbeit“ sieht allerdings anders aus. Wie, dies haben wir als UL-Fraktion, mit unseren bescheidenen Mitteln, ja versucht. Immerhin haben wir drei Anzeigen in der Schwalbacher Zeitung geschaltet, um ein Minimum an erläuternden Informationen an die Bürgerinnen und Bürger weiterzugeben.

Überhaupt war es neben der UL nur noch die FDP-Fraktion, die aktiv sich an der Umsetzung des Beschlusses beteiligt hat. Während die UL es über die Anzeigen versuchte, hat die FDP in einer Veranstaltung den Bürgerinnen und Bürgern den Haushalt erläutert.

Was ist das Fazit: CDU/GRÜNE lachen sich ins Fäustchen, sie haben bekommen, was sie in ihrem Antrag formuliert haben. Eine „ergänzende Pressearbeit“ aber hat nicht stattgefunden. Liebe Frau Augsburg, ich bin enttäuscht darüber, wie mangelhaft sie den Parlamentsbeschluss umgesetzt haben, ich bin enttäuscht auch darüber, wie sie auf unsere Kritik reagiert haben. Dies alles ist kein Ruhmesblatt. Aber da Weihnachten vor der Tür steht, haken wir diesen Punkt jetzt ab und wir tragen ihnen dies im neuen Jahr nicht nach. Es musste aber gesagt werden, auch zur Mahnung, so etwas sollte sich nicht wiederholen

Nun aber zum Haushalt 2011.

Was in den vergangenen Jahren von uns immer schon beklagt wurde, dass Bund und Land die Kommunen zwar mit neuen Aufgaben eindecken, aber nicht für eine ausreichende Finanzierung sorgen, wird in diesem Jahr noch mal überboten. Die Kommunen sollen bessere Kinderbetreuung leisten, eine kostendeckende Erstattung bleibt auch in den kommenden Jahren ein Wunschtraum. Aber es kommt ja noch schlimmer. Das Land Hessen will mit einer Streichung von 360 Millionen aus dem Kommunalen Finanzausgleich seinen defizitären Haushalt sanieren. Dies hat voraussichtlich Auswirkungen auf die Schlüsselzuweisungen, die niedriger ausfallen werden und es führt zur Einführung einer Kompensationsumlage. Mit der „Kompensationsumlage“, die den Ausfall der kreisfreien Städte und Landkreise durch das wegfallende Grunderwerbssteueraufkommen ausgleichen soll, wird Schwalbach mit 724.300 Euro vom Land zur Kasse gebeten. Dies ist nicht eine einmalige Zahlung, sie kommt jedes Jahr wieder. Eine ¾-Million, die uns fehlt bei der Bewältigung unserer Aufgaben.

Allein aus diesem Grunde kommt für uns eine Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes nicht in Frage.

Die Einkommensteuer ist zwar rückläufig, im Gegensatz zu vielen anderen Kommunen, können wir uns aber über das Gewerbesteueraufkommen im Moment nicht beklagen.

Allerdings von den geplanten 18 Millionen eingenommener Gewerbesteuer bzw. dem gesamten Steueraufkommen von insgesamt 27,5 Millionen zahlen wir ca. 7,8 Mill. an Kreisumlage, 3,2 Mill. für die Schulumlage und 3,6 Mill. für die Gewerbesteuerumlage. Dies sind 53%. Uns bleiben also von jedem Steuer-Euro noch nicht einmal 50 Cent.

Etwas kompensiert wird dies dadurch, dass der Kreis in den letzten Jahren in die Schwalbacher Schulen investiert hat. So sind der Erweiterungsbau der AES, die Turnhalle der FES, die Turnhalle der Geschw. Scholl-Schule, der Erweiterungsbau an der Geschwister-Scholl-Schule und jüngst der Erweiterungsbau an der GKS realisiert worden und im kommenden Jahr steht die Sanierung der Turnhalle der AES an. Allerdings ganz so nobel ist der Kreis nun auch nicht. Zusätzlich zu den Umlagen verlangt er bei Sanierungen eine Beteiligung von 35%. Dies sind im nächsten Jahr bei der Sanierung der AES-Turnhalle 630.000 €.

Den zusätzlichen Griff des Landes in die kommunale Kasse sollten wir uns allerdings nicht bieten lassen. Dies ist eine eklatante Verletzung des Artikels 28 des Grundgesetzes, der die kommunale Selbstverwaltung gewährleistet und dazu gehört, die finanziellen Voraussetzungen dafür zu sichern. Hier sollten wir, unabhängig von der politischen Parteizugehörigkeit an einem Strang ziehen und eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht unterstützen.

In den vergangenen Jahren haben wir die Haushalte nicht mitgetragen, da die Mehrheitsfraktionen CDU/GRÜNE zu große Änderungen an den Magistratsentwürfen vorgenommen hatten.

Auch in 2011 würden wir andere Akzente setzen, insbesondere im Sozial-, Kinder-, Jugend- Kultur- und Vereinsbereich.

Wir bedauern es daher sehr, dass CDU/GRÜNE an folgenden Punkten nicht unseren Vorschlägen gefolgt sind:

1. Die Ausweitung der Öffnungszeiten im Jugendhaus und der Ausbau des Angebotes stehen schon seit Jahren auf der Agenda. Sicher mit der mobilen Jugendarbeit haben wir eine deutliche Verbesserung erreicht und die Sicherheitsdebatte wird mittlerweile damit nicht nur unter ordnungspolitischen Gesichtspunkten gesehen.
Trotzdem bleibt, die Öffnungszeiten im Jugendzentrum sind dringend auszuweiten.
Ganze 17 Stunden ist das Jugendhaus in der Woche geöffnet, dazu kommen noch 2 x 4 Std. für das Teenie-Projekt. Ab Donnerstag 18.30 Uhr ist „Tote Hose“. Am Freitag und am Wochenende gibt es keine Angebote und das ist genau die Zeit, in der die Jugendlichen ein Angebot dringend notwendig haben.
2. Nicht gefolgt sind CDU/GRÜNE auch unserem Vorschlag für gemeinsame Gesundheitsprojekte der Vereine im Kindergarten einen Förderbetrag von je 3.000 € einzustellen.
3. Auch erfährt die Turngemeinde Schwalbach bei der Bewältigung ihrer Investitionen nicht dieselbe Unterstützung, wie sie der Tennisclub erfahren hat.
Dies bleibt weiterhin eine Ungerechtigkeit und ein Ärgernis.
4. Die Stärkung der Kulturkreisarbeit ist weiterhin nur der FDP noch ein Anliegen.
CDU, SPD und GRÜNE haben eine Erhöhung um 22.000 Euro abgelehnt.
Kein Verständnis können wir aufbringen für die erneute Verschiebung der Anschaffung der Bürgerhausstühle.
5. Die Verbesserung des Personalschlüssel der Kindergärten bleibt weiterhin ein wichtiges Anliegen für die UL. In diesem Jahr haben wir auf entsprechende Anträge verzichtet, da sie mit Sicherheit auch wieder abgelehnt worden wären.

Also, die UL würde andere Akzente setzen. Wir werden aber in diesem Jahr den Haushalt nicht ablehnen und trotz einiger Bedenken dem Haushaltsplanentwurf 2011 zustimmen.

Wir können zustimmen, da wir viele Projekte, die der Magistrat vorschlagen hat, mittragen können. Aus der Fortschreibungsliste sind dies z.B.:

- Zusätzliche Mittel für das Jubiläum der Behindertenselbsthilfe,
- Förderung des Hospiz Lebensbrücke in Flörsheim,
- Zuschuss für die Schwalbacher Tafel,
- den Ausbau des Betreuungsangebotes im Schulkinderhaus Geschw.-Scholl-Schule,
- Finanzierung des Sonnenschutzes für die Kinderkrippe Am Park,
- Instandsetzung des Rollschuhplatzes alter Ort (eine Forderung des Kinderparlaments),
- Mittel für Beteiligungsprojekte des Jugendbildungswerkes.

Wir können natürlich auch zustimmen, da zwei unserer Anträge eine Mehrheit gefunden haben:

- Erhöhung der Mittel für den Ausländerbeirat für zusätzliche Deutsch-Kurse;
- Erhöhung der Mittel für das Jugendzentrum um altersspezifische Deutsch-Kurse auch im Jugendzentrum durchzuführen.

Entscheidend für die Zustimmung sind allerdings folgende zwei Punkte:

1. wir tragen den auch von den anderen Fraktionen verfolgten Weg, die zusätzlichen Steuereinnahmen zur Schuldentilgung zu benutzen, mit.
Diese Entscheidung ist folgerichtig, befreit die zukünftigen Haushalte von den Zinslasten und gibt uns Spielraum für die Bewältigung neuer Aufgaben.
2. Wir freuen uns, dass nach der glanzlosen Beerdigung des „Taubusbades“ es nun doch eine Mehrheit für ein Naturbad gibt.
Natürlich wäre ein ganzjährig betriebenes Hallenbad die bessere Alternative. Aber wir kommen auch nicht daran vorbei, dass es dafür bei unseren Nachbarn kein Engagement und keine Zusammenarbeit gibt.

Ob alle Kooperationsmöglichkeiten ausgeschöpft wurden, diese Zweifel teilen wir mit der FDP-Fraktion – wir kommen aber nicht umhin, zur Kenntnis zu nehmen, dass keine andere Fraktion diesen Weg, erneut das Gespräch zu suchen, mitgehen will. Also bleibt nur die Idee des Naturbades, das auch in der Bürgerversammlung auf große Zustimmung stieß.

CDU/GRÜNE haben unserem Ergänzungsantrag in drei wesentlichen Punkten zugestimmt:

- 1.) Für das vorgelagerte Schwimmbadgebäude mit seinen Funktionen „Eingangsbereich, Kasse, Aufsicht, Sanitätsraum, Vereinsraum, Umkleide, Dusche, WC“ soll ebenfalls eine Entwurfsplanung erstellt werden;
- 2.) Elemente aus dem „Wasserspielplatz“-Konzept sollen optional einbezogen werden;
- 3.) Zuwendungsmöglichkeiten und Fördermittel sollen aufgezeigt werden und dazu gehört dann auch eine Prüfung, ob es Mittel aus dem Haushalt der Regionalparkgesellschaft geben kann;

Nicht zugestimmt wurde

- 1.) einer Entwurfsplanung für zusätzliche Räume (Sauna, Gesundheits-Praxen) mit einer Darstellung, welche Mieteinnahmen zu erzielen sind;
- 2.) der Prüfung, ob für den Bereich der zusätzlichen Räume und des Cafe/Restaurants ein Investor gefunden werden kann.

Aus der optionalen Entwurfsplanung für ein Cafe/Restaurant wurde stattdessen die Planung für ein Sommerrestaurant.

Die UL ist der Meinung, dass die Betriebskosten für das Naturbad nur gesenkt werden können, wenn zusätzliche Einnahmen erzielt werden.

Wir haben die Idee von Sauna, Gesundheits-Praxen und Restaurant noch nicht aufgegeben.

Warum auch nicht überlegen, wie weitere Ärzte nach Schwalbach

Geholt werden könnten. Nach einem HK-Bericht vom 17.11.2010 fehlen in Schwalbach u.a. folgende Fachrichtungen: HNO, Haut, Orthopädie, Radiologie.

Bei der kommenden Planung sollte zumindest soviel Gelände reserviert werden, damit eine spätere Realisierung nicht ausgeschlossen werden kann.

Der nächste Schritt zum Naturbad wird mit der Verabschiedung dieses Haushaltsplanentwurfs getan. Für uns ein ganz gewichtiges Argument dem Haushalt 2011 zuzustimmen.

Ich bedanke mich, im Namen der UL, bei den Kolleginnen und Kollegen im Haupt- und Finanzausschuss für die sehr sachliche Diskussion, beim Magistrat und bei der Bürgermeisterin und den Mitarbeitern in der Verwaltung für die gewiss nicht einfache Arbeit am Haushaltsplan.

Ich wünsche Ihnen allen ein frohes Weihnachtsfest und ein Gutes Neues Jahr.

Günter Pabst, Fraktionsvorsitzender